

nehmer einen ihm unbequemen Baudelegierten entlassen kann. Das Ausscheiden eines Baudelegierten regelt, wenn nicht Ziffer 9 der Vereinbarung zutrifft, nach Ziffer 3 der Vereinbarung die Belegschaft selbst. Sie kann bestimmen, welcher Baudelegierte bei Verringerung der Belegschaft ausscheiden soll. Die Belegschaft hat somit ein Instrument der Befähigungsauslese in der Hand, indem es in ihre Ermessen gestellt ist, einem an letzter Stelle gewählten tüchtigen Baudelegierten gegenüber einem an erster Stelle gewählten unfähigen den Vorrang zu geben und den zuletzt gewählten mit der weiteren Interessenvertretung zu betrauen. Das Amt des zuerst gewählten Delegierten erlischt dann allerdings.

Die sachgemäße Ausübung des Baudelegiertenamtes ist ein wesentlicher Bestandteil unseres großen gewerkschaftlichen Kampfes um die Befreiung der Arbeiterklasse. Die Gewerkschaften haben dies erkannt und deshalb der Schulung der Betriebsvertreter schon frühzeitig ihre Aufmerksamkeit geschenkt. Von ihnen gebildet Betriebsrätezentralen haben die Aufgabe, den Betriebsräten — und das sind auch die Baudelegierten! — das nötige Wissen und die Kenntnis der arbeitsrechtlichen und der wirtschaftlichen Aufgabengebiete zu vermitteln. Die Gewerkschaften pflegen ferner das Schrifttum auf diesen Gebieten, dessen Studium sich jeder Baudelegierte widmen sollte. So erwidert er sich das geistige Rüstzeug, das ihn befähigt, die Interessen der Arbeiterschaft gegenüber den Unternehmern und ihren verschlagenen Spindeln wirksam zu vertreten. Jeder Baudelegierte sollte deshalb die Betriebsräte- und die Baudelegiertenversammlungen besuchen und die vom DGB herausgegebene „Gewerkschaftszeitung“, die eine besondere Arbeitsrechtsbeilage enthält, vom Baudelegiertenvorstand abfordern und eingehend studieren. So schafft sich der Baudelegierte für seine verantwortungsvolle Tätigkeit eine sichere geistige Grundlage. Er wird nicht über Formalitäten stolpern, wenn er alle Bestimmungen der Gesetze über Form und Fristen und die hier behandelte Vereinbarung kennt. Handelt er so — und jeder tüchtige Gewerkschafter muß so handeln —, dann erst ist er ein wahrhafter Stützpunkt der Arbeiterbewegung und unseres Baugewerksbundes. Dieser Stützpunkt, den der Baudelegierte darstellt, ist von größter Bedeutung, weil er mitten in der Wirtschaft, mitten im Betrieb steht. Er soll hinausragen aus der kapitalistischen Profitwirtschaft als ein Wahrzeichen des proletarischen Gemeinnes. Heute gibt es noch nicht allzuviel solcher Wahrzeichen, weil die Fundamente noch nicht stark genug sind. Diese Fundamente in ihrer ganzen notwendigen Größe zu schaffen, sie tragfähig zu gestalten für den Bau der Menschheitsgemeinschaft, den wir errichten wollen, das ist auch die Aufgabe der Baudelegierten! Die Befreiung der Arbeiterklasse aus den Fesseln des Kapitalismus kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein! Dies Marx-Wort bedeutet, daß sich jeder Bundeskollege mit vollem Herzen und mit seinen ganzen Fähigkeiten in den Dienst unserer Bewegung stellen soll. Freudig muß er jedes Amt, das ihm durch das Vertrauen der Kollegenschaft angetragen wird, übernehmen; denn dies Vertrauen ist die höchste Ehrenbezeugung, die wir in der Arbeiterbewegung kennen. Das gilt auch vom Baudelegierten. Er ist der Vertrauensmann der Gewerkschaft, dafür steht sie ihm in allen Fällen zur Seite, sie unterstützt ihn in seiner Tätigkeit und unterfüttert die Gesamtkollegen in ihren Rechtsansprüchen gegen das Unternehmertum.

Der Horizont des politischen und wirtschaftlichen Lebens ist dunkel. Aus der großen Krise unserer Tage redt sich empor die Reaktion. Sie will das Proletariat niederjagen, will es rechtlos und machtlos machen. Lohnabbau, Arbeitszeitverlängerung, Monarchie und Diktatur sind die Hauptparolen dieser vom militaristischen, machtpolitischen und wirtschaftlichen Gewaltstimmeln besessenen Reaktionsäre. Ihnen gegenüber muß das Proletariat zusammenstehen in geschlossener Front. Es muß seine Rechte verteidigen und mehr als bisher ausnutzen. Dazu gehört auch das Recht auf Betriebsräte, das Recht auf Baudelegierte. Wacht auch von diesem Recht Gebrauch! Wacht auf allen Baustellen Baudelegierte!

Rechtsputschismus in Deutschland.

Die Tagespresse hat von neuen Rechtsputschgefahren der rechtstenden Verbände berichtet. Ihre Aufpeudung fällt zeitlich zusammen mit dem ungeklärten Attentat der Aufheer-Regierung auf die schwarz-rot-goldenen Farben der Republik. Es gewinnt den Anschein, als ob unsichtbare geistige Fäden gezogen seien von der Reichsregierung zu den Bememördern und Rechtsputschisten. Jedenfalls steht außer Zweifel, daß die Schwärze und das Lieblaugen der Regierung nach rechts diese Kreise in ihren Rechtsputschisten ermutigt. Und wenn jetzt, nach dem Sturz des Reichslänglers Lucke, die gleiche Regierung mit dem etwas demokratischer gefärbten Stütz-

Marx auf der politischen Wirtschäfte Deutschlands erscheinen sollte, so heißt das nur, daß alles beim alten bleibt und weiter-gewurkelt wird. Eine politische Klärung in Deutschland kann nur durch Rewaflern herbeigeführt werden. Und in diesem Falle auch nur dann, wenn der deutsche Witschel endlich begreift, worum es geht: um ein freies demokratisches Deutschland oder um das alte Kastertum von Gottes Gnaden mit all der alten Arbeiterentrechtung, Schwelchwebel und Untertanentreue. Darum geht es in Deutschland, darum drehen sich auch die Rechtsputschisten rechtsergrichteter Kreise.

Ieder die Organisation der rechtstabilen Altisten, ihre Amtszubereitungen und rechtsputschischen Pläne ist der preußischen Polizei umfangreiches Material in die Hände gefallen. Verhaftungen haben stattgefunden. Die Durchsuchungen haben ergeben, daß ein genauer Plan für die Herbeiführung einer Rechtsdiktatur in Deutschland vorhanden war. Die Regierung sollte mit Waffengewalt gestützt, der Reichspräsident zum Rücktritt gezwungen werden. Der von den Rechtsputschisten ernannte Reichslängler sollte dann die Diktatur herbeiführen unter Aufhebung der Reichsverfassung und der Länderverfassungen. Auch die Männer einer solchen rechtsputschischen Regierung waren bereits vorgesehen. Dem „Reichsbewerber“ — jedenfalls deshalb so genannt, um das Deutsche Reich endgültig zur Verweigerung zu bringen — sollte unumwundene Gewalt zuzuführen in der Gesetzgebung, Verwaltung, Vollstreckung und obersten Befehlsgewalt. Alle Beamten, „die ihr Amt einer Parteizugehörigkeit“ verdanken, sollten ohne Pensionsanspruch entlassen werden. Jeder Widerstand, aktiv oder passiv, sollte durch Hinrichtungen geahndet werden. Alle Parteien, politischen Vereine, alle wirtschaftlichen Verbände sollten aufgelöst, Streit oder Aussperrung — wie „unparteilich!“ — mit dem Tode bestraft werden. Ieder die republikanischen Führer sollte die „Reichsacht“ verhängt, jede ihnen gehobene Hilfeleistung mit dem Tode bestraft werden. Kurz, brutale Rechtsdiktatur auf der ganzen Linie unter Ausschaltung jeder Gerechtigkeit, stützigter Rechtsterrorismus gegen Andersdenkende, Volksherrschaft in Reinkultur von rechts gegen links.

Die Gefahr scheint vorläufig beseitigt. Doch sie scheint es nur. Die Aufhebung dieser Rechtspulte und die Verhaftung der Führer hat wohl die augenblickliche Gefahr gebannt, doch unter der Hölle wird das Zerfallsfeuer weiter-glimmen. Die Rechtstreife, ermutigt durch die Wirtschäfte und das teilweise Entgegenkommen der Regierung, werden ihre Umsturzpläne weiterführen. Dagegen hilft nur das Zusammenwirken aller überzeugten Republikaner. Und kommt es einmal so weit, dann möge klare Wagnis geschlagen werden. Und die Republikaner mögen dann mit demselben Wagnis messen, das man ihnen zugehört. Menschliche Rücksichten verlängern nur das Uebel.

Was die Gewerkschaften mit solchen politischen Rechtspulte zu tun haben? Alles. Gelingt einmal in Deutschland ein Rechtsputsch in dem hier beschriebenen Ausmaße, dann abe Gewerkschaftsbewegung, dann abe jegliches Arbeiterrecht, abe Sozialpolitik, abe Achtstundentag, abe auch nur einigermaßen auskömmliche Arbeitslöhne, abe jeglicher Kulturfortschritt. Dann herrschen in Deutschland unbeschränkt wieder jene Herrschenschaften, die im Arbeiter nur die „Rationalen“ sehen, das nackte, widerprüchlose Ausbeutungsobjekt. Nicht nur um die Aufhebung der Reichsverfassung handelt es sich bei einem Umsturz von rechts, sondern vor allem auch um die Wiederaufrichtung der unbeschränkten Unternehmerrgewalt im Wirtschaftlichen. Beachte man doch die wirtschaftlichen Ergebnisse und Ergebnisse der letzten Zeit: den gezielten Umsturz der Unternehmerorganisationen gegen den Achtstundentag, gegen die Arbeiterlöhne, gegen jeden Sozialfortschritt, gegen jegliches gesellschaftliche Arbeiterrecht. Man kann es als Beispiel einschätzen auf wirtschaftlichem Gebiete für die geplante Rechtsdiktatur. An diesem aufgedeckten Rechtspulteplan der Rechtsputschisten waren nicht nur beteiligt die Wirtschäfte, die deutschnationale Partei, die Vertreter des Großgrundbesitzes, sondern auch namhafte Persönlichkeiten der Großindustrie. Galt doch die Rechtsputschisten für ihr „Ministerium“ anserloren den bekannten Geheimrat Eugen Berg als Reichsfinanzminister, den Industriellen Dr. Wegener als Reichsinnenminister. Und die Haus-suchungen, die aus Anlaß dieser aufgedeckten Rechtspulte stattgefunden haben beim Generaldirektor Dr. Vögler, Dortmund, beim Geheimrat Dr. Kirdorf, Rülheim, beim Bergbauischen Vereins, beim Generaldirektor Witsolt, Essen, dem zweiten Vorsitzenden dieses Vereins, und bei dem Geschäftsführer dieses Vereins, dem Dr. v. Löwenstein — diese Haus-suchungen sagen mehr als Worte es vermögen. Natürlich heulmeiert jetzt dieses Industriellenum über solche „polizeiliche“ Eingriffe, aber die Archive des Herrn Claß, des Hauptjuristen dieses Putschges, weisen zu sehr auf einen intigen Zusammenhang mit der rechtsergrichteten Großindustrie, und wer diese Herrschschaften kennt, ihre Absichten und Bergewaltigungspläne — nicht zuletzt gegenüber den baugewerblichen Arbeitern — beobachtet hat, dem wird es ganz natürlich erscheinen, wenn diese Kreise die uneingeschränkte Rechtsdiktatur in Deutschland erachten als ein Ziel, auf dem sie wünsch-

Ob viel aus den im Gange befindlichen Untersuchungen herausbringen wird, läßt sich schwer voraussagen. Die Gedankengänge deutscher — vor allem „deutschnationaler“ — Staatsanwälte sind vielfach wunderbar rätselhaft. Doch das eine steht heute schon fest: die Hydra der Reaktion und des Faschismus geht um in Deutschland, frecher denn je. Und die republikanische Arbeiterschaft und ihre Gewerkschaften mögen nachsicht sein und sich darauf vorbereiten, die Republik mit aller Entschiedenheit zu verteidigen, wenn es einmal so weit kommen sollte, daß diese Rechtsputschisten und ausge-schulten Feinde jeglichen Arbeiterrechts ihre Umsturzpläne verwirklichen wollten. Dann geht es nicht nur um die noch heute bürgerliche Republik und das politische Recht, es geht schließlich um jedes Recht in Deutschland, nicht zuletzt um alle wirtschaftlichen Rechte und Erwerbsmöglichkeiten der deutschen Arbeiterschaft. Dann geht es darum, ob die deutsche Arbeiterschaft in die Höhe des Mittelalters zurückgeworfen werden soll oder unter Wahrung gleicher Staatsbürgerrechte ihr gesunder Aufstieg verbürgt wird zur Freiheit und Kultur, zu einer höheren Wirtschaftsbildung, die schließlich jedes Ausbeutertum ausschaltet und ein wahres Menschentum schafft. Darum geht es! Deshalb Ihr Arbeiter, und nicht zuletzt Ihr Männer vom Baugewerksbund, seid auf der Wacht! Steht fest zusammen der Reaktion gegenüber! Stärkt vor allem den Geist der Zusammengehörigkeit und Eure Gewerkschaften! Dann werden sich alle finsternen Rechtspulte ent-fährlicher, brutaler Gewaltmessen an Euren energiegeladen Widerstand brechen, und Euer weiterer Aufstieg zur Freiheit und Kultur wird dann verbürgt sein!

Abbruch des Generalstreiks in England.

Der englische Generalstreik nahm seinen Ausgang von dem Konflikt im Bergbau. Dieser wird seit längerer Zeit mit Hilfe staatlicher Unterstützung betrieben. Da die staatlichen Unterhaltungsgebühren nicht mehr gewährt werden sollten, wollten die Bergbesitzer ihre Betriebe durch Lohn-herabsetzungen und Arbeitszeitverlängerung rentabel gestalten. Darüber kam es zum Kampfe, zu dessen Unter-scheidung der Generalrat der Gewerkschaften, eine Reihe ihm angeschlossener Gewerkschaften zum Generalstreik aufrief. Der Generalrat hat am 12. Mai den Generalstreik abgebrochen, nachdem er sich davon überzeugt hatte, daß das Ergebnis der Verhandlungen mit dem Vorsitzenden der Robtsonkommission, Sir Herbert Samuel, eine brauchbare Grundlage für die Fortführung der am 2. Mai abgebrochenen Verhandlungen sei. Das Ergebnis dieser Verhandlungen für die nächste Zeit die Aufrechterhaltung des Vergütungsniveaus und eine neue Regelung der allgemeinen Lage im Bergbau zu. Die staatlichen Zuschüsse sollen zunächst für 2 bis 3 Monate weitergezahlt werden; die durch die Monopolisation des Bergbaues arbeitslos werdenden Bergleute sollen gegenüber den Angehörigen der anderen arbeitslosen Berufe eine materielle Vorzugsstellung genießen. Dies Ergebnis war nach der Überzeugung des englischen Generalrats unter den gegebenen Umständen das Beste, was zu erreichen war. Der Wiederauf-nahme der Arbeit stellen sich aber zunächst noch Schwierigkeiten entgegen. Die Regierung hielt sich an die Ab-machungen Samuels nicht gebunden, und die Exekutiv der Bergarbeiter verwarf sie. Sogar kam, daß die Unternehmer nicht über Lust zeigten, eine groß angelegte Maßregelungs-lampagne zu inszenieren. Nachdem dann die Regierung die Abmachungen Samuels im wesentlichen zurückgewiesen, war ein wichtiger Schritt zur endgültigen Herbeiführung gelang. Die einzelnen am Kampfe beteiligten Gewerkschaften trafen mit den Unternehmern verbänden ein Sonderabkommen für die Wiederaufnahme der Arbeit. Die Eisenbahner, die Beamten der Untergrundbahn, die Kraftwagenführer, die Postarbeiter und die Zeitungsetzer sind zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen, wie sie vor dem Streik bestanden, an ihre Arbeit zurückgekehrt. Auch sollen nach Möglichkeit alle Streikenden wieder eingestellt werden. Die Sonder-abmachungen der Postarbeiter und der Eisenbahner enthalten aber die harte Bedingung, in der die Arbeiter im Streik einen Bruch ihrer Kontrolle anerkennen und sich verpflichten, keinen neuen Streik oder Sympathiestreik wieder zu beginnen, bevor alle Verhandlungsmöglichkeiten erschöpft sind. Dazu kommt die Anerkennung der Entschädigungspflicht der Gewerkschaften in solchen Streikfällen. Die Angehörigen im Zeitungsbetriebe erkennen auch aus-brücklich an, daß bei der Einstellung und der Entlassung von Arbeitern die Gewerkschaften in Zukunft keinen Einfluß ausüben dürfen; insbesondere dürfen auch Arbeiter, die nicht Mitglieder der Gewerkschaften sind, eingestellt werden. Wenn sich die Wiederaufnahme der Arbeit vollzieht, so ist dies bis zur Zeit dieser Nummer (19. Mai) bei den Berg-arbeitern selbst noch nicht der Fall. Die hatten sich aus nachliegenden Gründen noch zurück. Sie sind sich noch nicht endgültig schuldig geworden, ob auf der Grundlage der Einigungsabmachungen weiter verhandelt werden soll. Die Abmachungen sind aber zweifellos ein Erfolg für die Berg-arbeiter. Sie haben zwar nichts errungen, was sie nicht schon vor ihrem Streik gehabt hätten, aber sie haben doch unter den augenblicklich in England obwaltenden Umständen immerhin ein großer Erfolg. Zumal der Kampf nach zwei Seiten geführt werden mußte. Nach der Seite der Unter-nehmer und nach der Front der Regierung hin. Nachdem die Regierung das Zugeständnis gemacht war das finanzielle Unterstützung des Bergbaues nach der Monopolisation der Forderungen erfüllt. Nun soll an die Monopolisation der englischen Bergbaues gegangen werden, bei der der Bergarbeiter selbst in erster Linie Aufgabe der Bergarbeiter-organisation selbst und ihrer Führer, die bei den kommenden Verhandlungen die Interessen der Bergarbeiter zu vertreten haben.

Aus dem Ergebnis des englischen Generalstreiks können auch die deutschen Gewerkschafter viel lernen, besonders die

Unterstützungsbauer zu durchlaufen, ehe er in den Genuss der Erhöhten Unterstützung treten kann.

Dieser Bescheid dürfte gerade für unsere Kollegen von Bedeutung sein.

Der Reallohn 1925.

Die Arbeiterkammer Bremen unterzucht in ihrem Jahresbericht für das Jahr 1925 den Reallohn der bremischen Arbeiter im Verhältnis zum Jahre 1914.

Von der Lohnstatistik der Kammer wurden rund 24 000 in Lohn oder Gehalt stehende erfasst. Den Berechnungen der Tabellen und Lohnkurven ist der Wochenlohn ein einschlägig der tatsächlich verdienten Aufwand und Pämien-zuschläge in der tatsächlich festgelegten Arbeitszeit zugrunde gelegt.

Table with 2 columns: Year (1914, 1925) and Month (Januar, Februar, März, April, Mai, Juni, Juli, August, September, Oktober, November, Dezember). Values range from 100.0 to 92.2.

Die Zahlenreihen sind äußerst interessant. Sie zeigen erstens den gedrückten Reallohn im Frühjahr 1925 und dann die Anpassung des absoluten Lohnes an die Preise auf Grund der günstig verlaufenen Lohnbewegungen der Gewerkschaften.

Geringere Einnahmen aus Besitzsteuern, erhöhte aus der Lohnsteuer.

Das Steuerjahr 1925/26 hat mit dem 31. März abgeschlossen. Nach den Veröffentlichungen des Reichsfinanzministeriums beträgt das Gesamtaufkommen an Steuern, Zöllen und Abgaben 6856 Millionen Mark.

Table with 3 columns: Steuerjahr (1924/25, 1925/26), Besondere (1925/26), and Gesamt (1925/26). Rows include Lohnsteuer, Körperschaftsteuer, Grundsteuer, etc.

Die Umstellung des Steuerjahres 1925 wurde von einer Reihe von Steuerermäßigungen überschattet. Man hat die Befreiung von der Einkommensteuer für die unbedingten Kriegsveteranen.

abbauprogramm des Reichsfinanzlagers Lütjers nahmen dann auch die Steuerermäßigungspläne als Mittel der Preislenkung eine hervorragende Stellung ein.

Schauen wir uns das Ergebnis der Steuerermäßigungen näher an. Es sind eine ganze Reihe von Steuern ermäßigt worden, die dem Besitz zugutekommen. Diese Steuern weisen wesentliche Mindererträge gegenüber dem Steuerjahr 1924/25 auf.

Nach Lage der Dinge gibt es in Deutschland heute nur einen Weg, die Steuerpolitik in den Dienst einer Stärkung der Kaufkraft zu stellen. Dieser Weg ist die Herabsetzung des Lohnabzuges. Leider ist die bürgerliche Regierung in Deutschland diesen Weg nicht gegangen.

Aus der sozialen Bauwirtschaft.

Dresden. Am 20. April hielt die Bauhütte Dresden ihre Jahresversammlung ab. Die Besammlung war von 270 Betriebsangehörigen besucht.

Neben diesen Gebäuden wurde noch eine Anzahl von Magazinen und sonstigen Bauten errichtet, wobei die Kinderübernahmestelle der Gemeinde Wien mit 6 großen mehrgeschossigen Gebäuden besonders erwähnt werden muß.

Bauhüttenbewegung in Deutsch-Oesterreich.

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in der Tschechoslowakei ist auf dem Wege zur Sozialisierung im Baugewerbe eine nicht unbedeutende Strecke zurückgelegt worden. In der schweren Inflationszeit haben unsere österreichischen Kollegen die Baugewerkschaft „Grundstein“ gegründet.

Die Umhüllungen sind aus Konkurrenzgründen nicht veröffentlicht worden. Die Zahl der Beschäftigten (Arbeiter und Angestellte) betrug seit Bestehen der Gesellschaft:

Table with 3 columns: Geschäftsjahr (1921, 1922, 1923, 1924, 1925), Mitglieder Stand, and Arbeiter Stand. Values range from 403 to 3323.

An Lohntagen wurden geleistet: 1921 182 000, 1922 245 000, 1923 522 000, 1924 665 600, 1925 893 150.

Die Baugewerkschaft umfaßt zur Zeit folgende Betriebe: Baubetrieb (Erd-, Baumeister- und Eisenbauarbeiten), Tischbaubetrieb, Bau-Anlagenbau-, und Renovierungsbau-, Zimmerer- und Sägewerk-, Stuckateur- und Fassadenbetrieb, Kunststeinbearbeitung, Gipserbetrieb (Kunstgipsarbeiten und Gipsplattenfabrikation), Erdbauarbeiten (Gas- und Wasserrohrleitungen und Kabelleistungsarbeiten), Plattenfabrikation und Wandverleibungsarbeiten, Antreiberbetrieb, Malerbetrieb, Schildermalerer, Autreiberbetrieb. Der Baubetrieb hat folgende Anzahl Bauten errichtet:

Table with 3 columns: Geschäftsjahr (1921, 1922, 1923, 1924, 1925), Erbaute Häuser, and Zusammen Wohnungen. Values range from 202 to 1565.

Neben diesen Gebäuden wurde noch eine Anzahl von Magazinen und sonstigen Bauten errichtet, wobei die Kinderübernahmestelle der Gemeinde Wien mit 6 großen mehrgeschossigen Gebäuden besonders erwähnt werden muß.

und 177 beschriebenen Arbeiten beschäftigt. Dazu kommt, der Schildermalerbetrieb, der Schilder und Glasfenster herstellt. Die Bau- und Instandsetzungs- und Renovierungsabteilung verfügt u. a. über 18 Betonmischmaschinen, 2 Gießtrottoare, 10 Schmelzaufzüge und 20 Gießelaufzüge. Besonders großer Wert wurde auf die Errichtung eines Reparaturbetriebes gelegt. Im Laufe des Jahres 1925 wurden vier Lastkraftwagen samt Anhänger, und zwar ein acht- und drei sechswheilige, erworben, die ausschließlich für die Materialzufuhr der Baugesellschaft verwendet werden.

Im Vertriebsstätten besitzt die Gesellschaft einen Zentrallagerplatz im Gesamtumfang von 19 516,76 qm, auf dem Bauhilfsstellen (Büreauräume, Werkstätten, Magazine usw.) im Ausmaß von 8992 qm errichtet sind, ferner einen Lagerplatz mit Werkstatteingängen und außerdem noch zwei Werkstätten. Mit der Ausdehnung des Betriebes haben sich alle diese Plätze und Räume als zu klein erwiesen. Die Beschaffung eines weiteren Lagerplatzes ist seit langem eine besondere Sorge der Geschäftsführung. Zu diesem Bericht ist zu bemerken, daß er sich auf den Zentralbetrieb bezieht. Neben diesem bestehen noch Zweiggeschäfte in Graz, Salzburg und Gloggnitz.

Diese Ausführungen zeigen eine ununterbrochene Aufwärtsbewegung der österreichischen Bauwirtschaft. Die Entwicklung hat sich nicht hemmungslos vollzogen. Es galt, ungeheure Schwierigkeiten zu überwinden. Daß dieser Fortschritt erzielt werden konnte, ist vor allem dem verständnisvollen Zusammenarbeiten aller Beteiligten zuzuschreiben. Die Entwicklung der Wiener Baugesellschaft „Grundstein“ ist aber auch ein Beweis dafür, daß der Bauhilfsstande feuchter werden kann und Wohlfahrt zu bewirtschaften fähig ist.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Baugewerksbund. Feststellungsergebnis vom 3. Mai 1926.

Table with columns for regions (e.g., Ostpreußen, Westpreußen, Pommern) and various statistics regarding employment and unemployment in the construction industry.

Die Arbeitslosigkeit ging in der Berichtswochen nur wenig weiter zurück. Von insgesamt 692 Baugewerkschaften wurden 610 mit 918 794 Mitgliedern von der Prüfung erfasst. (In der Vorwoche 611 mit 917 760 Mitgliedern.) Davon waren 81 298 arbeitslos, gegen 26,7% in der Vorwoche. Das sind 25,4% gegen die Arbeitslosigkeit von 54,1% im Berichtsvorjahr. Über 40% haben ferner noch Danzig mit 42,7%, die Bezirke Köln mit 42,3% und Dortmund mit 41%. Unter 20% Arbeitslose haben die Bezirke Dresden mit 19,7%, Berlin 18,3%, Gumburg 17,4%, München 16,7% und Bremen mit 13,4%. Bei den Maurern hat sich die Zahl der Arbeitslosen von 39 988 auf 35 884 verringert. Arbeitslose Hilfsarbeiter wurden 39 204 gezählt (in der Vorwoche 39 776), dagegen stieg die Zahl der arbeitslosen Erstarbeiter von 6678 auf 6741.

Streiks und Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Gesperzt ist Widmar, i. d. Alt., Miedeke, Woteman, Borna die Bauten des Bergbauvereins, Wendisch (Zosbau), Calbe i. d. Alt., das Wohngebiet Fallersleben, Gschwege, Grimmen (Firma Schilling), Köpke, in Köpke bei Mainz die Maurerarbeiten der Kalkheimer Cellulosefabrik, Melle, in Neundorf die Firma Fehling, in Plathe i. W. die Firma Rustis Baugesellschaft, Inhaber Franz Köhn, in Scharnbeck, Kreis Wismar, die Firma Anton Bartels, Baustelle Ziegenlei. Nach Wismar ist Zug zugewandert.

Stukkateure und Rührer: Gesperzt ist in Aland i. Vogt, die Firma Strang.

Tücher: Gesperzt ist für Dönsler in Burg bei Magdeburg die Firma Wilmann, Münster, Schleibitz-Dönsler, Stuttgart und in Ziegenhütten Otto Krause; für Dönsler die Firma Lieb in Dönslerhütten. In Götting sind die Scheibentöcher ausgeperzt. Auch nach Coblenz ist Zug zugewandert. In Götting und München sind die Dönsler ausgeperzt.

Kieseneleger: Ausgesperzt sind die Kollegen im Rheinland.

Annaberg. Einige Unternehmer, die hier lokal organisiert sind, gehen zum offenen Tarifbruch über. 2 Unternehmer im Landgebiet haben bereits die Stundenlöhne auf 85 % herabgesetzt. Wir werden gegen sie auf dem Klagenwege vorgehen. Ein anderer Bauunternehmer legt jedem „seiner“ Arbeiter einen Revers zur Unterfertigung vor, wonach ein Lohnabzug um 18 % anerkannt wird. Er hat folgenden zeitgemäßen Wortlaut: „Wir möchten auf den stattgefundenen Lohnabzug in der Industrie sowie der allgemeinen Wirtschaftslage und zur Behebung der Bauwirtschaft verpflichtet ich mich freiwillig, vom 29. April 1926 an zu

einem Stundenlohn von 85 % einschließlich Werkzeuggeld zu arbeiten und erkläre hiermit ausdrücklich, auf alle Nachforderungen und Streitigkeiten zu verzichten.“ Der Vorstand unserer Baugewerkschaft setzte sich sofort mit dem Vorsitzenden des lokalen Unternehmerverbandes in Verbindung. Dieser behauptet, von den Reversen nichts zu wissen, während der Unternehmer behauptet, daß die Revers auf Wunsch seines Verbandes herausgegeben worden. Es ist uns gelungen, von den 20 herausgegebenen Reversen 15 in die Hand zu bekommen. Eine am 6. Mai abgehaltene Versammlung nahm einstimmig eine Entschärfung an, in der die Bauarbeiter sofort im Anmarsch gegen den Tarifbruch weicht, die durch überaus lange Erwerbslosigkeit entstandene Not der Bauarbeiter auszunutzen und die ohnehin ungenügenden Löhne noch zu kürzen. Sie empfinden eine solche Handlungsweise als eine Verhöhnung, als Beleidigung, gegen die sie mit allen Mitteln ankämpfen werden.

Borna. Im Gebiet der Baugewerkschaft Borna werden durch den Bergbauverein eine Anzahl Bauten finanziert. Diese Bauten werden aber nur unter der Bedingung in Gang gesetzt, daß sich die ausführenden Baufirmen tarifvertraglich verpflichten, auf diese Bauten lediglich 10 Stunden arbeiten zu leisten. Durch das bezügliche Abkommen besteht für Borna die achtstündige Arbeitszeit. Die vertragliche Bindung besteht demnach gegen den Bezirksarbeitsvertrag. Eine am 14. April tagende Schlichtungskommission entschied einstimmig, daß für Borna die achtstündige Arbeitszeit gelten solle. — Der Druck des Bergbauvereins war aber sehr stark, die zehnstündige Arbeitszeit wurde weiterhin von einigen Firmen verlangt. Der Geschäftsführer des Bergbauvereins, der volksparteiliche Abgeordnete Rippe erklärte in der Schlichtungskommissionssitzung: „Meine Herren vom Baugewerbe, wenn die Bauarbeiter ihren Wünschen nicht nachkommen wollen, dann machen Sie es einfach so, wie wir im Bergbauverein sind. Wir sind einfach auf die Straße!“ Die Bauarbeiter: „Die Differenz hat nun zu Bauherren geführt. Gogh der Kalktender!“

Brandenburg. Aufforderung zum Tarifbruch. Der Maurermeister Paul Danter in Solche hat es für standesgemäß, seine Arbeiter zum offenen Tarifbruch zu verleiten. Am 8. Mai ließ er den bei ihm beschäftigten Arbeitern folgendes Schreiben ausgeben: „Da auf dem Baumarkt fast überall großer Arbeitsmangel herrscht und die noch Bauhilfsarbeiten durch die hohen Manosten vom Bauern abgefordert werden, haben wir beschlossen, die bisherigen Preise genalig herabzusetzen und dadurch die Bauhilfsarbeiten zu fördern und Arbeit für unsere Leute zu schaffen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn auch der Unternehmer von seinen Lohnforderungen nachläßt und unter Tarif arbeitet. Wir bieten einen Stundenlohn von 80 % von Montag, 10. dieses Monats, an ohne jeden Anspruch auf tarifliche Nachzahlung. Wer sich hierüber einverstanden erklärt, hat diesen Zettel unterzeichnet und dem Unternehmer, Höhe, den 8. Mai 1926. Paul Danter, Maurermeister, Höhe.“ Das ist wieder ein Fall des offenen Tarifbruchs, deren Zahl sich dauernd vermehrt. Kollegen, gebt diesen Unternehmern die richtige Antwort! Kollegt fest am Tarifvertrage!

Gschwege. Die Unternehmer in Gschwege gehören zur Hälfte dem Hessischen Arbeitgeberverband in Hanau an, der im Mai 1924 gegründet wurde, um die Löhne im Baugewerbe noch niedriger zu halten als es dem Nachbargewerbe (dem Mitteldeutschen) möglich ist. Es ist ihm auch tatsächlich gelungen, die Löhne zurückzuführen. Die Zeit der Arbeitslosigkeit scheint auch diesen Unternehmern willkommen, um die Löhne noch weiter herabzusetzen. Ein der Unternehmer des Schiedsgerichtes hat nach dem Muster des Schiedsgerichtes des zentralen Schiedsgerichtes für Gschwege einen Lohnabzug von 8 % ausgeschrieben. Spätere Verhandlungen am 5. und 8. Mai sind an der sachminderigen Einstellung der Unternehmer gescheitert. Es ist festzustellen, daß der geplante Lohnabzug von 8 % für Handarbeiter und noch mehr für die Hilfsarbeiter empfindlich auf die Kollegenarbeit wirkt. Unsere Mitglieder befinden sich gegen einzelne Firmen im Ausschlag.

Waldenburg i. Sächsen. (Organisierte Unternehmer als Tarifbrecher.) Die Unternehmer unseres Bezirks haben beim Zentralschiedsgericht in Berlin angegeben, bei einer Firma K r ä m e r in Dittelsbach, Fr. Waldenburg, arbeiteten Maurer für 60 % die Stunde. Die Baugewerkschaft Waldenburg ist bis heutigen Tages bemüht, diese Firma ausfindig zu machen, es ist ihr aber bis heute nicht gelungen. Die Firma existiert also nur in den Köpfen der Unternehmer. Aber die Herren wollen den Beweis erbringen, die Bauarbeiter seien bereit, billiger zu arbeiten, um auf diese Weise dem Zentralschiedsgericht zu beeinflussen. Und diese Weise, was helfen mag! Mit welchen Mitteln übrigens Mitglieder des Unternehmerverbandes hier vorgehen und die wirtschaftliche Not des Arbeiters ausnützen, sei an folgendem Beispiel: Die Firma Rich. Stenzel, Goltzberg, Mitglied des Unternehmerverbandes, zahlte den Maurern anfangs 94 % die Stunde nur 85 %. Die Maurer ließen sich das nicht gefallen, sie verlangten ihren Tariflohn. Deshalb wurden sie entlassen, trotzdem sie verheiratet sind und die Firma noch Arbeit hatte. Es liegt ganz einfach: Für 94 % die Stunde habe ich keine Arbeit.“ Die Arbeiter, wo die Maurer beschäftigt waren, sind fäktlich. Die Maurer haben durch die Baugewerkschaft Waldenburg ihren Lohn beim Zentralschiedsgericht in Goltzberg ein. Die Klage, Mitglied der Firma Kug u. F r o e p e r in Friedland, Mitglied des Unternehmerverbandes, zahlte 2 Maurern anfangs 94 % nur 70 % Stundenlohn. Der Restlohn wurde ebenfalls durch die Baugewerkschaft Waldenburg beim Zentralschiedsgericht Friedland eingeklagt. Nach zweifelhafte Dingen gelang es dem Vertreter des Baugewerksverbandes, das Gewerbeamt davon zu überzeugen, daß die Firma verpfauscht ist, den Tariflohn zu zahlen. Die Firma wurde verurteilt, an die Kläger den Restlohn von 21,86 M. zu zahlen. Der Vertreter der Firma erklärte vor Gericht, er werde die 2 Maurer nicht mehr einstellen. Wo auch hier starker Zerrowitz! Bei diesen Arbeiten war der Auftraggeber die Stadt Friedland. Es wäre Aufgabe der Gemeinden, einmal nachzuprüfen, ob man bei den Weis-

geltern bei derartigen Unternehmern den Tariflohn zu Grunde legt oder den Lohn, den der Arbeiter in Wirklichkeit erhält. Die Gemeinden haben darauf zu achten, welchem Unternehmer die Arbeiten geben. Denn eine Firma, wie die Firma Stenzel, weil er nicht für den diktierten Lohn arbeiten will, keinen Anspruch auf fäktliche Arbeiten. Dasselbe trifft zu für eine Firma, die vor Gericht erklärt, daß sie die Arbeiter deshalb nicht mehr einstellen, weil sie sich ihr Recht gesüßt haben.

Aus den Baugewerkschaften

Brandenburg. Am 9. Mai fand eine Vertreter-Generalversammlung statt. Die Vertreter aus den bisherigen Baugewerkschaften Berlin, Lehlin, Büdick und P e l z i g - M e i e r t waren zum ersten Male erschienen. Der Vorsitzende begrüßte sie und hoffte, daß sie sich als Beistand der Baugewerkschaft Brandenburg wohl fühlen werden. Kollege Sch u l z als Geschäftsführer betonte, daß diese Versammlung als konstituierende Versammlung anzusehen sei. Nach den Abrechnungen des 1. Vierteljahres 1926 beträgt die Mitgliederzahl 1186, die aber bei allseitiger Tätigkeit noch um einige Hundert erhöht werden könne. Die bisherige Satzung der Baugewerkschaft ist veraltet und deshalb ist es notwendig, eine neue, den Verhältnissen entsprechende Satzung zu schaffen. Beschlossen wurde, daß Vorstandsmitglieder mindestens 5 Jahre dem Baugewerbe angehören müssen, die Lebensjahre überschritten haben müssen. Die neue Satzung soll einstimmig angenommen werden. Sie soll allen Mitgliedern gedruckt übergeben werden. Kollege Otto L e h m a n n, Berlin, wies in längerer Ausführungen nochmals auf die Notwendigkeit des Zusammenstehens der Baugewerkschaften hin. Im besten wird dies durch die letzten Vorgänge im Unternehmerlager bewiesen, wo man nach allen Regeln der Kunst drauf und dran ist, die Lebenshaltung der Bauarbeiter zu verschlechtern. Lehmann gab hierfür verschiedene Beweise. Kollege Sch u l z ergänzte diese Beweise aus den Vorgängen der letzten Tage, wo die Mitglieder und Führer der Baugewerkschaften, die Kollegen für den Lohnabzug zu gewinnen. Im Vorgehen der Unternehmer steht System. Im Anknüpfen an diese Erweiterungen wurden die Entschärfungen für die Oberteile und Kräftiger der Baugewerkschaften für die Kolportage festgelegt.

Bremen. Am 9. Mai hielt unsere Baugewerkschaft ihre Generalversammlung für das 1. Vierteljahr 1926 ab. Nachdem in der üblichen Weise das Abenden der verstorbenen Kollegen geehrt wurde, gab O s t e n den Geschäftsbericht. Das Jahr 1926 begann mit einer daniederliegenden Bauwirtschaft. Die Ursachen sind in der allgemeinen Wirtschaftskrise, aber auch in den Witterungsverhältnissen zu suchen. Mitte Februar setzte eine lebhaftere Bauwirtschaft vor allem im Wohnungsbau, ein. Die für das Rechnungsjahr 1926 zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel waren aber nicht aus, die Wohnungsbau zu befähigen, sie bieten auch keine Arbeitsgelegenheit für das ganze Jahr. Im Wohnungsbau ist die Bauwirtschaft gering, dagegen liegen die Verhältnisse im Tiefbau etwas günstiger. Wir hatten in unserer Baugewerkschaft durchschnittlich 1490 Maurer und 1832 Bauhilfsarbeiter als Mitglieder, davon waren etwa 1200 Maurer und 1300 Bauhilfsarbeiter in Beschäftigung, so daß noch rund 1000 Maurer und etwa 250 Bauhilfsarbeiter erwerbslos sind. Die Unternehmer des Reichsverbandes für das Tiefbauwesen beantragten Lohnabbau. Es ist noch nicht zum Abschluß eines Vertrages für Fliesen- und Plattenarbeiten gekommen, doch stehen Verhandlungen bevor. Der Mitgliederbeitrag betrug am Jahresbeginn 4065 und am Ende des 1. Vierteljahres 4142, mithin eine Zunahme von 77 Mitgliedern. Von den Opfern in die Lehre getretenen Lehrlingen sind bis jetzt 65 für unsere Bund gewonnen; die noch fehlenden ebenfalls der Organisation zuzuführen, muß Aufgabe eines jeden Kollegen sein. Die Finanzen haben sich trotz des großen Beitragsausfalls infolge der Erwerbslosigkeit gebessert. Für die Hauptkasse wurden 43 491 M. vereinnahmt, der Rest der Kasse betrug die Einnahme 11 298,94 M. die Ausgabe 2115 M. Finanzziel sind 100 000 M. an der Baugewerkschaft, an Wohnungsbauverein der freien Gewerkschaften und an der Volks- und Sparbank. Für den Rest eines angefallenen Beitragskassierers wurden von der Anstellungskommission von 16 Werbepersonen 6 zur Wahl gestellt. Gewählt wurde Kollege W o l f e n b e r g, der die Kasse führen wird, die Funktionäre und die Delegierten für den Besuch der Sitzungen eine Entschädigung von 60 % zu zahlen und sich mit weiteren 1000 M. am Gemeinnützigen Wohnungsbauverein der freien Gewerkschaften zu beteiligen.

Guben. Unsere Baugewerkschaft beging am 8. Mai eine Jubilärfest. Es galt, 66 Mitglieder zu ehren, die der Bauarbeiterorganisation 26 Jahre und länger treu und eifrig angehören. Der Arbeitergruppenverein und dessen Frauengruppe sowie eine Damenabteilung des Vereins und theatralische Vorführungen bereiteten mit ihrer wohlgeleitungen Darbietungen das Fest. Der Leiter unserer Jugendgruppe, Kollege P o a c k über sprach einen gut durchdachten Vortrag über die Bedeutung der Gewerkschaften und die Rolle der Arbeiterorganisation. Mit Begeisterung und Kampfer der Organisation feierte. Mit einem Hoch auf unsere Organisation und die gesamte Arbeiterbewegung schloß er seine Rede. Darauf übergab der Vorsitzende des Vereins, Kollege S a p l e, den Jubilaren die Ehrenurkunden. Mit dem Lied „Wer schafft das Gold gut“ wurde die Feier beendet, bei der ein Tanzkränzchen folgte. Neben diese Stunden dazu beitragen, die Feiertage fester zu schmücken!

Jena. Am 8. Mai hielt unsere Baugewerkschaft eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Kollege W ü l l e r gab den Bericht von der Lohnverhandlungen in Erfurt, die am 20. und 29. April sowie am 3. Mai stattfanden. Der außerordentliche Vorsitzende, Gewerbeamt P r o b i t, betonte unterbreitete den Parteien einen Vorschlag, der erhebliche Lohnveränderungen enthielt und deshalb keine Einigung brachte. Die Verhandlungen gestalteten sich sehr schwierig und haben volle 3 Tage in Anspruch genommen. Die Unternehmer kämpften mit allen

guten und schlechten Mitteln für den von ihnen in den 31 Rohngewerbeten beantragten Rohngewerbekauf. Ihre Sprecher waren die Syndikate. Die Gewerbetreibenden hatten ihren Vertreter auszuwählen. Der gute Herr begründete den Antrag auf Rohngewerbekauf mit allem Feuerzorn und wollte den Rohngewerbekauf für die „hohen“ Löhne der Maurer die Bauzeitigkeit ins Stoden bringen. Die Versammlung nahm einstimmig eine Entschliessung an, in der gegen die Neueinteilung der Lohnklassen in Thüringen protestiert wird. Die Versammelten erklärten weiter, daß sie nicht mit dem Vorschlag des Unparteiischen einverstanden sind und darüber klar sind, daß die heutige Wirtschaftskrise durch einen Kampf im Baugewerbe noch mehr verschärft wird. Aber sie fühlen sich eins mit den Kollegen, die in ihren Lohnklassen zurückverkehrt werden sollen. Darauf gab der Kollege G r e b h a n einen Bericht über die Wirtschaftskrisis-Veränderungen in den Leistungen der Krankenkasse zur Folge hatten. So auch den Abbau des Krankengeldes. Die am 1. Januar neuerichtigte Bahnlinie wurde ihrer Minderwertigkeit wegen angelegentlich empfohlen. — Auf Antrag der Beschwerdekommission beschloß die Versammlung einstimmig den Ausschluß des früheren Geschäftsführers K i e h l wegen unzulässigen Verhaltens und Verstoßes gegen den § 16 der Bundesstatuten. Nicht selbst war trotz Einladung weder zur Sitzung noch zur Versammlung erschienen. Vom Vorsitzenden wurde noch die Einladung der Baugewerkschaft Eisenberg zu ihrem am 6. und 8. Juni stattfindenden hundertjährigen Jahrestag und der 25-jährigen Stiftungsfest beurlaubt. Kollege M ü l l e r sprach zum Schluß noch kurz über Zweck und Ziel der Zentralkrankenkasse der Bauarbeiter und forderte zur Gründung einer Zentrale auf. Auskunft und Anmeldungen zum Beitritt im Bureau, Leichgraben 4.

Regen. (Schwere Strafe für einen Verträger.) Im September 1925 ließen sich am Bahnbau des Unternehmers H a i n, Siegen, in Allenhürde um 18 Fleckarbeiter in den Baugewerksbund als Mitglieder aufnehmen. Die Aufnahmegebühren zog der auf der Baustelle beschäftigte K a r l D e w o ein, lieferte sie aber nicht an die Baugewerkschaft ab. Der Aufforderung, die einzahlten Gelder abzuliefern, kam er nicht nach, so daß Strafantrag wegen Unterschlagung gestellt werden mußte. Die Staatsanwaltschaft leitete das Verfahren ein und nachdem die Staatsanwaltschaft keine Verurteilung ergab, ergab er sich in Unterwerfung. In der Voruntersuchung gab er zu, die Gelder in Empfang genommen, befristet aber, sich einer Unterwerfung schuldig gemacht zu haben. Er will die Gelder an den Angeklagten abgeben. Der Richter hat den Beweis dafür wolle er in der Hauptverhandlung antreten. Da er aber verweigert sei und in Höhe eines festen Wohnzins habe, beantragte er seine sofortige Haftentlassung. Diesem Antrage wurde nicht stattgegeben. Am 11. Mai fand nun die Hauptverhandlung vor dem Amtsgericht in Kirchhürde statt. Hier änderte der Angeklagte seine Aussage in der Voruntersuchung mit der Begründung, daß man ihn falsch verstanden habe. Er gab zu, die Gelder einzahlung, aber nicht an die Baugewerkschaft, sondern für sich verbraucht zu haben. Er schloß wirtschaftliche Notlage vor. Der Amtsanwalt beantragte 4 Monate Gefängnis und hob hervor, daß hier eine große Gefährdung vorliege, weil der Angeklagte das Vertrauen seiner Kollegen in sich selbst mißbraucht habe. Auch sei er schon wegen Eigentumsvergehens vorbestraft. Das Gericht gab diesem Antrage statt und verhängte eine Strafe von 4 Monaten.

Zeis. (Sühne für Unzufriedenheit und Unterdrückung.) Der Maurer Erich Merkel aus Droschke bei Zeis wurde am 8. Mai vom großen Schöffengericht in Weisenfels wegen Unzufriedenheit und Unterschlagung von 100,40 M. Einzelunterstützungsgeldern zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Merkel hatte es verstanden, sich ohne Auftrag beim vorläufigen Großkampf die Unterstützung für die beiden letzten Streiktage für die Baustelle auszugeben zu lassen, unterzählte dann die Leistungen auszugeben und den genannten Betrag unterschlagen. Unter Vernehmung der gemeinen Handlungsweise und Schädigung seiner in wirtschaftlicher Not befindlichen Arbeitsgenossen beantragte der Vertreter der Staatsanwaltschaft 6 Monate Gefängnis. Das Gericht beurteilte die Sache milder und erlieferte auf 1 Monat Gefängnis.

Aus den Fachgruppen

Appaltierer.

Hamburg. Unsere Fachgruppe hatte zum 12. Mai eine Versammlung aller Appaltierer einberufen. Kollege V i n l, Berlin, sprach über „Unsere Forderungen, Kämpfe und Erfolge als Fachgruppe im Deutschen Baugewerksbund“. Genau vor 16 Jahren habe er in dem gleichen Raum zu den Appaltierern Hamburgs gesprochen über die Notwendigkeit der Berufsorganisation. Etwa 80 bis 100 Mann traten damals der Organisation bei. Der Redner schilderte ausführlich die Kämpfe in der damaligen Zeit, die teilweise beschlossene brachten, wodurch die Organisation zurückging. Der Krieg zerstörte dann fast alles; nur wenige Kollegen wurden von der Einberufung befreit. Nach dem Krieg ging es wieder vorwärts. Es wurde ein Tarifvertrag abgeschlossen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse wurden in guter Weise verbessert. Damals lernten wir so manchen „Kämpfer“ kennen, der das Maul nicht weit genug aufreißt konnte. Diese Elemente sind heute verschwunden. Seit dem 1. Januar 1924 sind wir nun dem Deutschen Baugewerksbund als Reichsfachgruppe angeschlossen. Wenn wir unsere Erfolge, die wir seitdem erreicht, an den tatsächlichen Verhältnissen messen, kann können wir sagen, auch im Deutschen Baugewerksbund ist unsere Stofkraft nicht geschwächt, sondern erhöht worden. Wiederholt konnten wir unsere Löhne erhöhen. Wenn uns die letzte Lohnbewegung nicht gelungen ist, so tragen die Schuld daran die Kollegen selbst, weil sie ihrer Pflicht gegenüber der Organisation nicht genügt haben. Fort mit der verderblichen Organisationslosigkeit, sie ist der Organisation gefährlichster Feind. Sinein in die Organisation, dann werden wir auch wieder auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse den uns gebührenden Einfluß gewinnen! — In der Aussprache wurden die schlechten Zustände bei der Firma Consbruch geschildert; es wird versucht werden, diese Ver-

hältnisse zu bessern. Nach einem Schlußwort des Kollegen V i n l ermahnte noch der Vorsitzende, im Sinne seiner Ausführungen zu wirken; nur wenn wir zusammenleben, werden wir Erfolge erringen.

Leipzig. Unsere Fachgruppe veranstaltete am 16. Mai eine Festversammlung zur Feier des 20-jährigen Bestehens der Appaltierergewerkschaft. Nach Erledigung eines feierlich ausgearbeiteten Festprogramms, bestehend in Musik, Gesang und Negitation, hielt Kollege V i n l, Berlin, die Festrede. Dabei ergriff er die Entwidlung und Kämpfe der Organisation während der letzten 20 Jahre. Auch zwei Jubilare emporgelungen zu ihrer heutigen Größe. Auch zwei Jubilare gab es in unserer Reihen, die Kollegen A u g u s t D e i n h a r t z und A. G l o g n e r. Ihnen besonderer Dank für ihre Organisationstreue und opfervolle Tätigkeit. Wie in ihrem Sinne weiter gearbeitet werden, dann werden wir auch künftig Erfolge erringen. Noch immer gilt das Dichtermotiv: „Wenn auch der Sturm die Lammn stößt, daß es fruchtlos ist in das Maul, dann löst es mächtig durch die Wipfel: Geißel, nur Einigkeit macht stark!“ — Dem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrage folgte dann der seltene Teil, der die Kollegen noch lange bezauberte. Den Teilnehmern wird dieses Fest lange in schöner Erinnerung bleiben.

München. Unsere Fachgruppe hielt am 2. Mai eine Versammlung ab, die sich mit der Tariffrage beschäftigte. Kollege W ä r l berichtet über die bisher festgestellten Verhandlungen. Nachdem wir den Tarif gebührend kritisch, kündigten ihn auch die Unternehmern. Die letzten drei Lohnverträge ab. Im Gegensatz sich man uns einen Tarif zugehen, der durchgängig weitestgehende Verbesserungen aufwies. In der gemeinsamen Verhandlung konnte es zu keiner Einigung kommen, weil die Unternehmern hartnäckig auf Herabsetzung der Löhne bestanden. Darauf wurde der Schlichtungsausschuß angerufen. Hier lehnten die Unternehmern noch einmal mit ganzer Kraft ein, um die Herabsetzung der Löhne durchzudrücken. Dies war vergebens. Ein neuer Versuch, wenigstens die Löhne der Hilfsarbeiter herabzusetzen, scheiterte gleichfalls. Der Schlichtungsausschuß wurde am 1. Mai in vollem Umfange auf ein weiteres Jahr. Nur wegen der Zulagen bei auswärtigen Arbeiten wurde die Zulage von 4 beziehungsweise 3 Stundenlohn bei 3 beziehungsweise 4 Stundenlohn herabgesetzt. Auch beim Urlaub mußten wir eine kleine Herabsetzung in den Tarif nehmen. Bisher wurden für 90 Tage gestellter Arbeiter 1 Tag Urlaub gewährt. Nach dem Schlichtungsausschuß ist es jetzt nach 75 Tagen Arbeiter zu einem Tag Urlaub. Eine Verbesserung bei auswärtigen Arbeiten erzielen wir insofern, daß es für den letzten Tag bei auswärtigen Arbeiten statt bisher keine Zulage jetzt eine Zulage von 2 Stundenlohn gibt. Der Vorstoß der Unternehmern ist damit abgefallen. Die Trauben haben diesmal zu hoch gehangen. Für uns ergibt sich indes daraus die Lehre, unsere Fachgruppe so kräftig zu gestalten, daß wir den kommenden Kämpfen gerüstet gegenüberstehen. — Der Schlichtungsausschuß wurde gegen 2 Stimmen angenommen.

Glafer.

Regie Saaben und Thüringen. Am 9. Mai tagte in G e r a e eine Konferenz unserer Fachgruppen aus den Bezirken Dresden und Erfurt. Vertreten waren 19 Baugewerkschaften durch 2 Delegierte. Nach den Begrüßungsansprachen und der Erledigung der üblichen geschäftlichen Angelegenheiten sprach L e i p n i g, Dresden, über „Wirtschaftsfragen und Lohnpolitik“. Ausgehend von der gegenwärtigen Wirtschaftskrise kommt der Redner zu dem Schluß, daß in der Gewerkschaftsbewegung nur Industriebewände das geeignete Kampfmittel sind und auf wirtschaftlichem Gebiet die Ausgestaltung der Bauverhältnisse anzustreben sei. Zu diesem Punkt wurden 2 Entschliessungen angenommen. Die eine fordert von den Vereinerungen die sofortige Bereitstellung größerer Mittel für den Wohnungsbau und das gesamte Aufkommen aus der Hauszinssteuer. Die zweite Entschliessung fordert von allen Kollegen, überall für die Schaffung von Industriebewänden tätig zu sein. — Dem Situationsbericht ist zu entnehmen, daß sich die Lohnverhältnisse seit dem Anschluß an den Baugewerksbund sehr verbessert haben. Auch die Ferienfrage ist fast überall geregelt. Das Organisationsverhältnis hat sich in unsern Bezirken ebenfalls verbessert. Ueber den Abschluß eines Reichsarbeitsvertrages sprach G i s h o r n, Hamburg. Nach längerer Aussprache wurde gegen wenige Stimmen eine Entschliessung angenommen, die als zentralistische Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen den Reichsarbeitsvertrag anerkennt und den Reichsfachgruppenobmann beauftragt, dieses Ziel mit Nachdruck zu verfolgen. Bei Abschluß von bezirkslichen und örtlichen Arbeitsverträgen ist unter allen Umständen der Höchsttarif über die Höchst- und vierzigstundentagliche Höchsttarif zu vermeiden. Wo sie aber durch Vereinbarung nicht möglich ist, muß mindestens ein Ausschlag von 15% auf den Stundenlohn garantiert werden. G i s h o r n und L e i p n i g machten darauf noch einige Ausführungen über die Notwendigkeit der Werksarbeit. Die Konferenz fand ihren Ausklang in einer Sympathieerklärung für die kämpfenden Arbeitsbrüder in G l a n d.

Darmstadt. Die Glaferinnung hatte uns die tariflichen Vereinbarungen gekündigt, um den Stundenlohn von 1,25 M. um 8 % zu kürzen und die Ferien abzulassen. Da in den Verhandlungen eine Einigung nicht erzielt werden konnte, weil die Ferien unbedingt befristet werden sollten, legten unsere Kollegen die Arbeit nieder. Dadurch wurde die Stabilität der Unternehmern bedroht und nach einigem Zögern folgende Vereinbarung getroffen: Der Stundenlohn soll für Maschinenarbeiter betragen 1,22 M., für Glafer 1,20 M. Der Urlaub bleibt bestehen wie bisher, höchstens 8 Tage. Kollegen, faltet man die Fachgruppe der Glafer des Deutschen Baugewerksbundes, dann werden wir jederzeit von berechtigter Angriffe der Unternehmern zurückzuschlagen können!

Jolierer.

Bremen. Am 8. Mai hielt unsere Fachgruppe eine gute Besuche Versammlung ab. Unter anderem wurde Stellung zum Ablauf des Reichsarbeitsvertrages genommen. Unsere Wünsche und Forderungen dazu wurden dem Reichsfachgruppenobmann übermittel. Gefordert wurde, daß die Zuschläge für Sacharbeiten usw. zu erhöhen sind, bei Arbeiten in hoher Temperatur ist diese auf 40 Grad herabzusetzen. Für Auslösung bei auswärtigen Arbeiten wurden 7 M. ge-

fordert. Bei solchen Arbeiten soll der Lohn am Lohnzahlungs- tage schon mittags in den Händen der Arbeiter sein. Ferner sollen Handwerkerzeuge und Arbeitsstoffe der Arbeiter gegen Feuergefahr und Diebstahl auf Kosten des Unternehmers versichert werden. Für den Ablauf des neuen Reichsarbeitsvertrages soll der L. H. H. in Frage kommen. Als Konferenzvertreter wurde Kollege O h o r n t gewählt.

Steinholzer.

Uns Mitgliederkreise wird lobhaft Klage geführt über die Beschaffenheit, die bei der Firma G e h l e r in W o r m s herrschen. Obgleich der Firmenlohn in W o r m s ist, stellt sie die Leute in S t a r t u s e ein; denn dort beträgt der Stundenlohn 1,29 M., während er in Worms 1,35 M. ist. Bauhilfsarbeiten zahlt sie statt des Tariflohnes von 90 % nicht mehr als 70 %, also 20 % weniger. Dabei werden Leistungen verlangt, die weit über das hinausgehen, was als Durchschnitt anzusehen ist. Auch mit den Lohnzahlungen durch den Sachverständigen Vertreter der Firma soll es hapern. Die Kollegen, die bei der Firma beschäftigt sind, mögen daher in ihrem eigenen Interesse Vorstoß wachen lassen.

Stinkakure und Pußer.

Freiburg i. Br. Am 6. April und 8. Mai fanden unsere beiden letzten Versammlungen statt. In der Versammlung im April wurde der Bericht vom Bundesstag gehalten. In der Versammlung vom Mai wurde ein Vortrag gehalten über den Entwurf des Reichsarbeitsvertrages; ferner sprach ein Kollege, der 15 Jahre in Amerika weilt und uns besuchte. Beide Versammlungen waren besser besucht als die früheren. Es scheint, daß in unserer Fachgruppe wieder ein besserer Geist eingezogen ist. Ist dies der Fall, dann wird es auch nicht an der Fachgruppenleistung fehlen; sie müssen die Bauvereinerungen die Verbindung zwischen Arbeitsstelle und Organisation herstellen. Auch muß dafür gesorgt werden, daß die Abmachungen der Organisationen und die Bauarbeiterentscheidungen reiflos zur Durchführung kommen. An dem Entwurf des Reichsarbeitsvertrages, worüber Kollege M ü l l e r sprach, hatten er und die Kollegen viel auszusprechen. Alles muß verbessert werden, um dem Entwurf die Gestalt anzubringen. Der Vortrag über die Verhältnisse in Amerika brachte manches Interessante. Vor allem stellte sich heraus, daß dort drüben der internationale Verbandskongress noch sehr verbesserungsbedürftig ist. Der Vortragende warnte besonders vor einer Ausbreitung nach Amerika. — Die beiden Versammlungen haben gezeigt, daß es bei uns wieder vorwärtsgeht. Möchten wir das gesellige Vertrauen, das auch wieder der kollegiale Geist ein besserer werden zu unser aller Vorteil!

Töpfer und Fliesenleger.

Die „Neue deutsche Arbeiterzeitung“, das Blatt der Unternehmern im Drensegebiet, bringt in der Nr. 20 vom 18. Mai ebenfalls das Plakat vom 8. und 9. September im Baderischen Baugewerbe. Es ist bereits im „Grundstein“ (Nr. 20 und 21) veröffentlicht worden. Da der Schriftleiter der „N. D. A.-Ztg.“ an der Quelle sitzt, ist es sehr zu verwundern, daß er den wahren Sachverhalt nicht kennt. Ist bei ihm der Wunsch der Arbeiter des Gebirges? Und wird in der „N. D. A.-Ztg.“ nunmehr der „Jeremias“ richtiggestellt werden? Deßau. Die Aussperrung der Drensejer ist aufgehoben, die Arbeit wurde am 19. Mai wieder aufgenommen. Der Stundenlohn beträgt 1,10 M.; ferner wurde vereinbart, einen Arbeitsvertrag auszuhandeln.

Wp. Kollegen, die in Wp. arbeiten möchten oder denen von den Meistern für Wp. Arbeit angeboten wird, haben die Pflicht, sich vor der Herrschaft im Bureau der Baugewerkschaft Wp., Kaiser-Wilhelmstraße 65, oder beim Obmann der Drensejer, Kollegen Karl Rogggen, Wp., Kaiserstraße 14, schriftlich über die Verhältnisse zu erkundigen.

Stolz i. Pomern. Die Aussperrung bei der Drensefirma „Korn“ ist beendet. Herr Stübly mußte die Wp. zersetzen unserer 4 Kollegen zurücknehmen, den Tariflohn erkennen und die gesamten Kosten des Verfahrens vor dem Gewerbegericht für 3 Termine, bezahlen. Die Aussperrung, die am 8. Februar begann, endete erst am 8. Mai mit dem Erfolg, daß die geplanten Wp. für alle Drensejer in Stolz zurückgezogen werden mußten. Herr Stübly, der als erster den Lohnbau diffidierte, hat sich gründlich die Finger verbrannt. Wollen wir im Tone der Herren Unternehmern reden, dann müßten wir sagen, die „Erpressung“, den Lohn abzubauen, ist vorübergefallen.

Göthen. Auch hier haben die Unternehmern den vom Schlichter gefällten Schlichtungsausschuß, nach dem die bisherigen Löhne der Drensejer weiter bestehen sollen, abgelehnt, und die Drensejer ausgesperrt. Es ist anzunehmen, daß auch in diesem Falle der Beschäftigte von einer uns sehr bekannten Stelle ausgegangen werden ist.

Schleswig-Holstein. Das Angebotslohn unserer Drensejer an die Unternehmern, dem Arbeitspreis um 14 % herabzusetzen hat bei einem Teil der Unternehmern immer noch keine Genüge gefunden, sie bestanden auf 15% Abzug. Bei einer Anzahl Unternehmern wird nach dem alten Arbeitspreis gearbeitet. Wir warnen alle Kollegen, in diesem Bezirke Arbeit anzunehmen; geschieht es dennoch, so betrachten wir dies als Sperrverstoß.

Virchow i. Ostf. Drenseformer, die hier in Arbeit treten wollen, müssen sich vorher bei dem Obmann der Fachgruppe, Heinrich Hoffmeister, Greiffenbergstraße, 40, Auskunft einholen.

Münster. Die Aussperrung der Drensejer in Meinsland-Westfalen wurde bekanntlich durch Schlichtung am 30. April beendet. Die Drensejergemeinde von Münster aber erklären unter Führung des Herrn Zimmermann (Vertreter der Firma Dehmer & Rattenberg, Essen): Für uns in Münster gilt der Tariflohn und damit ist für uns die Sache erledigt. In einer Aussprache, die am 7. Mai stattfand, erklärten sich die Herren bereit, 1,43 M. die Stunde zu zahlen. Damit wollten die Unternehmern das, was sie im vergangenen Jahre an-

